

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 12.03.2024

Anfrage Nr.: 0030/2024/FZ
Anfrage von Stadtrat Bartesch
Anfragedatum: 28.02.2024

Betreff:

Bürgergeldbetrug

Schriftliche Fragen:

Focus berichtet in einer Meldung Mitte Februar von Bürgergeldbetrug im großen Maßstab in Baden-Württemberg. So sollen „falsche“ Ukrainer Bürgergeld erschlichen haben. Aufgefallen wäre die Masche, „weil einige dieser vermeintlichen Kriegsflüchtlinge nicht einmal Ukrainisch sprechen“. Rund 1380 Fälle aus Baden-Württemberg wären zur Prüfung gemeldet worden (vgl. https://www.focus.de/finanzen/news/baden-wuerttemberg-prueft-1380-faelle-buergergeld-betrug-durch-falsche-ukrainer-was-den-abzockern-jetzt-droht_id_259665932.html). Die Ausländerbehörden hätten „seit dem 25. Mai 2023 die Möglichkeit, entsprechende Verdachtsfälle zentral über das Regierungspräsidium Karlsruhe an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu melden“.

1. Sind in Heidelberg solche Fälle aufgetreten, wenn Ja, wie viele?
2. Hat die Ausländerbehörde in Heidelberg von der Möglichkeit entsprechende Verdachtsfälle zu melden gebraucht gemacht, wenn Ja, wie oft und wie viele der gemeldeten Verdachtsfälle haben sich bestätigt?

Antwort:

Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit/Jobcenter Heidelberg:

Ein systematischer Leistungsmissbrauch von Geflüchteten aus der Ukraine ist der Bundesagentur für Arbeit nicht bekannt. Dies gilt gleichermaßen für Heidelberg.
Die Erteilung eines Aufenthaltstitels als Voraussetzung für den Bezug von Bürgergeld ist Sache der Ausländerbehörde.

Drucksache:

Anfrage Nr.: 0030/2024/FZ

00360724.docx

. . .